

## PRESSEMITTEILUNG

### **BIG verurteilt völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz der USA und Israels gegen Iran – Merz darf Deutschland nicht zur Kriegspartei machen**

**Frankfurt am Main, 6. März 2026**

Die BIG Partei verurteilt den militärischen Angriff der Vereinigten Staaten von Amerika und Israels auf die Islamische Republik Iran aufs Schärfste. Nach unserer rechtlichen Bewertung stellt dieser Kriegseinsatz einen schweren Verstoß gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen dar.

**Statt auf Deeskalation und Diplomatie zu setzen**, droht auch Deutschland politisch in eine weitere militärische Eskalation hineingezogen zu werden. Äußerungen und politische Signale aus der Bundesregierung, insbesondere von Bundeskanzler Friedrich Merz, lassen befürchten, dass Deutschland einen militärischen Kurs der westlichen Verbündeten unterstützen könnte.

Ein solcher Schritt würde Deutschland politisch zur Kriegspartei machen und hätte unabsehbare Folgen für die internationale Sicherheit sowie für die Sicherheit im eigenen Land.

**Gerade die deutsche Geschichte verpflichtet zu besonderer Zurückhaltung**, wenn es um militärische Eskalationen geht. Außenpolitik muss auf Diplomatie, Deeskalation und die konsequente Einhaltung des Völkerrechts setzen.

Nach Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta ist die Anwendung militärischer Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates grundsätzlich verboten. Ausnahmen bestehen ausschließlich im Falle legitimer Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta oder auf Grundlage eines ausdrücklichen Mandats des UN-Sicherheitsrates.

Beides ist nach der derzeit bekannten Sachlage nicht ersichtlich.

**Weder lag ein unmittelbar bevorstehender bewaffneter Angriff Irans vor**, noch wurde überzeugend dargelegt, dass die strengen Voraussetzungen einer sogenannten **antizipatorischen Selbstverteidigung** erfüllt wären. Selbst unter einer weiten Auslegung dieses umstrittenen Konzepts müssten drei Voraussetzungen kumulativ vorliegen:

1. eine nachweisbare Angriffsabsicht,
2. eine konkrete Angriffsfähigkeit,
3. und die unmittelbare Notwendigkeit militärischer Gewalt als letztes verbleibendes Mittel.

Keine dieser Voraussetzungen wurde bislang überzeugend belegt.

Das Gewaltverbot ist ein zentrales Fundament der internationalen Friedensordnung. Wer dieses Prinzip relativiert, riskiert eine gefährliche Aushöhlung des internationalen Rechts. Präventive militärische Gewalt gegen potenzielle zukünftige Gefahren würde letztlich dazu führen, dass Staaten jederzeit Kriege rechtfertigen könnten.

**Die Folgen einer weiteren Eskalation sind absehbar:** zunehmende Instabilität im Nahen Osten, eine erhebliche Gefährdung der Zivilbevölkerung sowie das reale Risiko eines regionalen Flächenbrandes.

## **BIG stellt klar**

- Völkerrecht gilt universell – ohne doppelte Standards.
- Angriffskriege dürfen kein Mittel der Politik sein.
- Das Gewaltverbot darf nicht geopolitischen Interessen geopfert werden.

## **BIG fordert**

1. Die sofortige Einstellung aller militärischen Angriffe.
2. Eine unverzügliche Befassung des UN-Sicherheitsrates.
3. Eine unabhängige völkerrechtliche Prüfung der Militärschläge.
4. Eine klare Positionierung der Bundesregierung für Deeskalation und Diplomatie statt militärischer Eskalation.

Frieden entsteht nicht durch Bombardierungen, sondern durch Diplomatie, Dialog und die konsequente Achtung des internationalen Rechts.

## **Kontakt für Presseanfragen:**

BIG-Partei  
presse@bigpartei.de  
[www.bigpartei.de](http://www.bigpartei.de)